

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages; / Wochentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Illustriertes Unterhaltungsblatt“. / Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streich also ersichtlicher Anspuch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenne Postseite oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenne Reklamseite 50 Pfg., Ausnahmestunde 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederabgabe unentgeltlich geschiebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M., das Laubend, zuzüglich Postgebühr. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 90

Dienstag, den 5. August 1930

32. Jahrg.

Neues in Kürze.

- * Koch-Weser hat an Dr. Scholz einen Brief gerichtet, in welchem er vorschlägt, beide Parteiführer nächsten zurücktreten, um die Einigung der bürgerlichen Mitte zu erzielen.
- * Im Weihenstepfer Bezugspreis-Prozess wurde Cuseler erst zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt.
- * Durch die Spargung von 10 000 Volksschullehrerstellen wird Preußen etwa 100 Millionen Mark einsparen.
- * Nach Verlesung einer Ehrenrede des Königs wurde das nächste Parlament bis zum Herbst vertagt.

100 Millionen Ersparnis in Preußen. 10 000 Volksschullehrerstellen weniger.

Berlin, 3. August.
Von zuständiger preussischer Stelle wird die Nachricht eines Berliner Blattes, wonach der preussische Finanzminister im Namen der Staatsregierung ein Sparprogramm vorgelegt habe, das mindestens 100 Millionen Mark einsparen soll, bestätigt.

Das preussische Finanzministerium schlägt in dem Entwurf die Einziehung von Volksschullehrerstellen sowie die Zusammenlegung von Klassen der höheren Schulen vor. Das sich über drei Jahre erstreckende Programm rechnet mit der Einparung von etwa 10 000 Volksschullehrerstellen sowie mit der Umgestaltung der neunfünfteligen Lehrpläne in achtstufige.

Wie erläutert zu diesem Entwurf bemerkt wird, ist eine Wiederholung des Personalabbauversuchs von 1924 in keiner Weise geplant. Es sollen auch keine einzelnen Lehrer abgebaut werden. Vielmehr ist die Durchführung der Sparmaßnahmen so gedacht, daß die Einstellung von Junglehrern deren Zahl sich augenblicklich in Preußen auf 10 000 beziffern in Zukunft ausgedehnt wird. Der Bestand an evangelischen Junglehrern werde im Jahre 1931 und der an katholischen Junglehrern im Jahre 1935 aufgebraucht sein. Zur Begründung der Sparmaßnahmen wird folgendes Zahlenmaterial vorgelegt: Während sich die Zahl der Schullehrer heute auf 4,3 Millionen beziffere, habe es in der Vorkriegszeit unter Einfluß der verlorenen Gebiete 6,5 Millionen Schullehrer gegeben. Die Zahl der Lehrer sei dagegen von 117 000 auf nur 110 000, also verhältnismäßig kaum abgenommen. Für die Kürgung der neunfünfteligen höheren Lehrplänen um einen Betrag sei die Überlegung maßgebend, daß sich die Klassenfrequenz heute auf 38,7 Kinder belaufe, während sie in der Vorkriegszeit 33 Kinder betragen habe. Die Frist von 3 Jahren genüge nach Ansicht des Finanzministeriums, um hätten gegen die Lehrer zu vermelden.

Staatsaufträge und Lohnkämpfe.

Ein Schritt des Reichsarbeitsministers.

Berlin, 2. August.

Ein amtliches Communiqué weist darauf hin, daß sich der Reichsarbeitsminister durch Vorkänge der letzten Zeit veranlaßt gesehen hat, die Beschäftigungsverhältnisse darauf hinzuweisen, daß sie öffentliche Aufträge nicht an Firmen vergeben, die ein offenbar unangenehmes Verhalten an den Tag legen. Diese Anweisung ist zweifellos im Zusammenhang mit dem großen Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung erfolgt.

Sie will verhindern, daß öffentliche Aufträge an Firmen gelangen, die durch ungerechtfertigte Entlassungen, ungeschickte Lieferungen oder ähnliche unzulässige Maßnahmen die Lage der Arbeitnehmerschaft nachteilig beeinflussen.

Den unmittelbaren Anlaß zu diesem Schritt des Reichsarbeitsministers hat zweifellos die Care in der Berliner Metallindustrie gegeben, die um die Monatswende mit umfangreichen Kündigungen vorgegangen ist.

Es handelt sich um etwa 4000 Angestellte, und es sind in der Hauptsache die Großbetriebe, die Massenkündigungen herausgehoben lassen. Dabei wird in vielen Fällen eine Wiedereinstellung bei verminderter Arbeitszeit oder verringertem Lohn in Aussicht genommen, eine Zustimmung, gegen die die Arbeitnehmerschaft sich zunächst grundsätzlich wehrt. Man darf wohl annehmen, daß die Aktion des Reichsarbeitsministers ebenfalls nicht so sehr auf besondere Anlässe hinzielt als grundsätzlich gemeint ist und den Zweck verfolgt, Verhandlungen in der Wege zu leiten, durch die man den nach hier stark in die Erscheinung getretenen, aber doch noch in seinen Anfängen befindlichen Konflikt schließlich zu lösen vermag.

Reichsbahn schafft Arbeit.

Die Finanzierung gesichert.

Berlin, 2. August.

Amtlich wird mitgeteilt: Die mit einem Banken-Konkordatium unter Führung der Reichsbank geschlossenen Verhandlungen über die Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Deutschen Reichsbahn sind erfolgreich abgeschlossen. Von dem Gesamtbetrag von 150 Millionen Mark Schatzanweisungen sind bereits 75 Millionen Mark begeben, während der Rest am Kapitalmarkt untergebracht werden soll. Die Schatzanweisungen sind mit fünfjähriger Laufzeit und

einem Zinssatz von 6 Prozent ausgestattet. Die Papiere werden zu einem Abschlagskurs angesetzt, der den Zeichnern eine günstige Effektivverzinsung sichert. Sie sind zur Verbürgung bei der Reichsbank und zur Preussischen Staatsbank zugelassen. Die Verleihung der Wandelsicherheit ist beantragt, die Befreiung vom Steuerabzug vom Kapitalertrag sichergestellt.

Damit ist die im Auftrage des Reichskabinetts vom Reichsverkehrsminister seit längerer Zeit auf das nachdrücklich betriebene Eingliederung der Reichsbahn in das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung zur Laube geworden.

Die Reichsregierung hofft, in der Behebung der deutschen Wirtschaft einen wesentlichen Schritt weitergekommen zu sein, und erwartet, daß das Beschaffungsprogramm der Reichsbahn im Rahmen des Gesamtbeschaffungsprogramms und der damit zugleich angebotenen allgemeinen Preisentwertung wesentlich dazu beitragen wird, der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Die dadurch gegebene Behebung der Wirtschaft wird auch die Tätigkeit der Reichsbahn selbst beleben.

Gesellschaft für öffentliche Arbeiten.

Die Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms.

Berlin, 3. August.

Zu der Gründung der „Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten A.-G.“ werden von zuständiger Stelle noch folgende Erläuterungen gegeben: Die Entwertung der Reichsfinanzen habe dazu geführt, daß trotz steigender Arbeitslosigkeit für die Zwecke der wertschöpfenden Arbeitslosen-Fürsorge in den letzten Jahren immer weniger Haushaltsmittel hätten zur Verfügung gestellt werden können. Während im Durchschnitt der Haushaltsjahre 1926 bis 1928 rund 100 Millionen M. Reichsmittel für die wertschöpfenden Arbeitslosenfürsorge ausbezahlt worden seien, seien im Haushaltsjahr 1929 nur noch 77 Millionen M. für diese Zwecke bereitgestellt gewesen. Für das neue Rechnungsjahr hätten nur noch 45 Millionen M. in dem Haushalt bereitgestellt werden können, von denen aber ein erheblicher Teil für den Landarbeiter-Wohnungsbau benötigt werde.

Andererseits habe das Reich aus den Maßnahmen der wertschöpfenden Arbeitslosenfürsorge ein Vermögen von rund 400 Millionen M. angeammelt, das in inländischen Darlehensforderungen bestehe. Es habe nahe gelegen, dieses Vermögen zu mobilisieren, um die ipäterlichen Haushaltsmittel durch Anleiheemittel zu ergänzen. Zu diesem Zwecke hätten die Reichsreditgesellschaft A.-G. und die Deutsche Bau- und Bodenbank A.-G. im Auftrage der Reichsregierung Verhandlungen mit ausländischen Geldgebern aufgenommen, die namentlich vor dem Abschluß stünden.

Dabei habe es sich als notwendig erwiesen, die Darlehensforderungen des Reiches, die als Grundlage der Anleihe dienen sollten, in eine Gesellschaft des privaten Rechts einzubringen, die als Schuldnerin der Anleihe und als Gläubigerin der inländischen Darlehen aufträte, und auf diese Weise werde es wirtschaftlich möglich sein, in den nächsten zwei bis drei Jahren etwa 180 bis 200 Millionen Reichsmark Auslandsmittel herbeizuschaffen.

Da hierzu noch die eigenen Mittel der Gesellschaft fänden, die ihr an Zinsen- und Tilgungsbeträgen aus ihren Darlehen zuflossen, werde sie in der Lage sein, in ausreichendem Maße Mittel für Notstandsarbeiten bereitzustellen.

Der Zweck der Gesellschaft ist die Durchführung der Maßnahmen des Reiches auf dem Gebiete der wertschöpfenden Arbeitslosenfürsorge zu ermöglichen, indem sie den Reichsanteil an der vertriebenen Forderung der Notstandsarbeiten beschaffe.

Finanzreform und Wissenschaft.

Eine Rede Geheimrat Duisbergs.

Bonn, 1. August.

Aus Anlaß der Hauptversammlung der Gesellschaft von Freunden und Förderern der Universität Bonn sprach Geh. Rat Duisberg über Finanzreform und Wissenschaft. Er führte aus, unsere öffentliche Wirtschaftspolitik habe die beiden Quellen aus denen die Kräfte zum Konjunktur-Aufstieg fließen, nämlich Kapitalbildung und Unternehmer-Initiative, reiflos verflüchtigt.

Die Kardinalfrage sei und bleibe: Finanzreform durch Anpassung staatlicher Schiedsprüche an die Wirtschaftslage, Reform der Sozialpolitik durch Umgestaltung der Arbeitslosen-Versicherung und der Krankenversicherung.

Es habe sich in dieser Krisenzeit als unbedingt notwendig erwiesen, die verheißungsvoll begonnene Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern fortzusetzen. Wenn die existenznotwendige Reform endlich zur Durchführung kommen sollte, müsse in das neue Parlament ein geschlossener Block des Bürgertums von rechts bis in die Mitte hinein einziehen mit dem energiegelassen Willen, unter dem Gesichtspunkt des Allgemeinwohls Reformen nicht nur in Programmen niederzuliegen, sondern sie auch rasch zur Tat zu bringen.

Es besthe die Gefahr, daß bei einem Reformwerk mit dem Ziele des Ausgabenaubaus statt der Einnahmenerhöhung die Linie des geringsten Widerstandes gewählt werde.

Den geringsten Widerstand glaube man nach Lage der Dinge bei der Wissenschaft zu finden, und gerade hier seien icheamtliche Erörterungen am gefürchtesten, träfen sie doch einen der wenigen Faktoren, die uns nach einer glücklichen Zukunft erhoffen lassen. Wenn man neue Mittel, neue Erfindungen und neue Verfahren für unseren wirtschaftlichen Wiederaufstieg gewinnen wolle, dann könne sie uns nur intensivierte jahrelange Forschungstätigkeit der Wissenschaft bringen.

Mehr wie je müßten wir in der gegenwärtigen Zeit mit allen Mitteln verfahren, den besten unserer Vorgesetzten den Aufstieg in Führerstellen zu erleichtern.

So notwendig ein energisch durchgeführtes umfassendes Reformprogramm sei, so wichtig ist es auch, daß es ohne bleibende Schwächung der organischen Weiterentwicklung unserer Wissenschaft die Basis für ihr ungeschwächtes Funktionieren und damit für die Steigerung unseres Volkswohlfühandes schaffe. Daraus würde sich dann der optimistische Wille zu wagnisreicher Produktionsvermehrung entwickeln, der zusammen mit der wiederhergestellten Rentabilität Voraussetzungen für unseren Wiederaufstieg sei.

Fehlleitung von Kapital.

Wenn der Staat wirtschaftet ...

Berlin, 3. August.

Eine der bemerkenswertesten Erscheinungen in der Kapitalwirtschaft der öffentlichen Hand ist die besonders Gefährlichkeit der staatlichen Organe, die öffentlichen Mittel ausgerechnet in unrentablen Betrieben anzulegen.

Ein Beispiel hierfür bietet die Schichau-Sanierung, die im vorigen Jahre nach dem Verlust von mindestens 15 Millionen Mark öffentlicher Gelder unter Aufwendung von weiteren 21 Millionen und der Zuführung einer jährlichen Unterhaltung von 3,5 Millionen Mark erfolgte, obwohl die Vertreter fünf sämtlicher Parteien erklärt hatten, daß die geplante Sanierung dem Unternehmen auf die Dauer keine wirkliche wirtschaftliche Hilfe zu bringen vermöge. Nichtsdestoweniger wurde das Gesetz über die Schichau-Sanierung vom Reichstage angenommen, weil man in den Elbinger Schichau-Werken drohenden Arbeiterentlassungen vorbeugen wollte. Wie sich nun immer mehr herausstellt, ist dieser Gesichtspunkt sehr am Plage gewesen, denn die sämtliche Aufrechterhaltung dieses für die Verlorung des Marktes entbehrlichen Unternehmens führt namentlich zu Schwierigkeiten für andere Betriebe, weil sich das Schichau-Unternehmen neuen Fabrikationswegen zugewandt hat und damit den betreffenden Werken Aufträge und Beschäftigung entzieht.

So hat sich bereits vor längerer Zeit der Vertreter der öffentlichen Regierung veranlaßt, dagegen Protest einzulegen, daß die fälschliche Wert auf Turbinenbau mit staatlichen Mitteln unterbolen wird.

Anzwischen hat sich der Kreis derjenigen Industrien noch vergrößert, deren Wirtschaftlichkeit durch die Staatsubventionen für die Schichau-Werke und das dadurch ermöglichte Einbringen der Schichau-Werte in ohnehin überlebte Produktionszweige untergraben wird. Im Interesse einer Vermeidung sind in verschiedenen Anbahnungsgruppen unter Aufwendung erheblicher Kosten Zusammenlegungen und Stilllegungen von Werken vorgenommen worden.

Mit den Steuern vertrieben Industriezweige, die sich um eine Stärkung ihrer Wirtschaft bemühen, wird jetzt durch das planlose Vorgehen der Firma Schichau das gute Ergebnis derartiger Rationalisierungen verliert. Es ist sehr bemerkenswert, daß der Staat die in der wirtschaftlichen Entwicklung organisch herbeigeführte Ausschaltung eines entbehrlichen Unternehmens unter Aufwendung von Millionenbeträgen künstlich aufhält, die er der privaten Wirtschaft durch Steuererhebung entzieht. Der ganze Vorgang ist ein Beispiel dafür, wie schwer es den Staatsorganen wird, volkswirtschaftlich richtig zu handeln.

Landtag lehnt Schlachtfsteuer ab.

Bayern erläßt Notverordnung.

München, 2. August.

Der Haushaltsausschuß des bayerischen Landtags hat über das Schicksal der Schlachtfsteuer in negativem Sinne entschieden, trotzdem Finanzminister Schmeißle dringend gebeten hatte, dem Staate, der doch das Volk barfuß, die notwendigen Einnahmen zur Verfügung zu stellen. Sollte das Gegenteil der Wahrheit werden, dann werde die Regierung dem bayerischen Volk, dessen Volksvertretung verjagt habe, seinen Volksstaat retten.

Die Regierung sei entschlossen, alle Folgerungen auf sich zu nehmen, um das notwendige Ziel auf Grund der für einen Staatsnotstand in der Darstellung vorgegebenen Bestimmungen zu erreichen.

In der Abstimmung wurde dann aber trotzdem die Ermächtigung zur Einführung der Schlachtfsteuer mit 15 gegen 13 Stimmen abgelehnt. Für die Begünstigung der Ermächtigung hatten nur die Bayerische Volkspartei und die Deutschnationalen gestimmt. In der Gesamtabstimmung wurde das Finanzgesetz ohne die Ermächtigung zur Einführung der Schlachtfsteuer angenommen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Nationalsozialisten.



Die Bürgersteuer in Bayern.

Mit der Bürgersteuer hatte sich der Staatshaushaltsausgleich ebenfalls zu befassen. Er nahm einen Gegenstand an, durch den bestimmt wird, daß der sogenannte Landesfuß für die Bürgersteuer im Sinne der Verordnung des Reichspräsidenten die Maßstäbe gelten, die in der genannten Verordnung festgelegt sind.

Um die bürgerliche Mitte.

Die Gründe für die Ablehnung der Staatspartei.

Berlin, 2. August.

Zu dem Scheitern der Verhandlungen über die Bildung einer bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft zwischen der Deutschen Staatspartei eine Erklärung, in der es u. a. heißt: Zu der Abtragung des Herrn Dr. Scholz, in einem gemeinsamen Wahlaufsatz die Bereitwilligkeit zur Unterstützung der Regierung in der Finanzreform und zur Bildung einer Fraktionsgemeinschaft zu bezeugen, erklärt die Deutsche Staatspartei:

daß sie einen gemeinsamen Aufbruch unterlassen wird, der angeht die Gefahren für Reich und Volk die Notwendigkeit einer durchgreifenden Finanzreform betont, wenn auch die Zentrumspartei und die bürgerliche Volkspartei zur Unterstützung bereit sind.

Entscheidungen über Fraktionsgemeinschaften können von der Deutschen Staatspartei nicht heute, sondern erst nach den Wahlen in Anbetracht der Zusammenlegung des Reichstages getroffen werden. Das ist um so mehr der Fall, als auch unsere Forderung, festzuhalten, daß auf keinen Fall ein Zusammengehen mit den Nationalsozialisten in Frage kommen dürfte, abgelehnt wurde.

Erklärung der Deutschen Volkspartei.

Zu der Erklärung von Koch-Weser über die Haltung der Deutschen Staatspartei in der Frage der Sammlung der bürgerlichen Mitte bemerkt die Nationalliberale Correspondenz, das parteiimittliche Organ der Deutschen Volkspartei:

„Die Erklärung des Herrn Koch-Weser geht an den entscheidenden Punkten vorbei.“

Koch-Weser hat für die Deutsche Staatspartei nicht nur jede fraktionelle Bindung für den kommenden Reichstag, sondern auch die Beteiligung an dem in Aussicht genommenen gemeinsamen Wahlaufsatz abgelehnt. Die neue Lage, die er dadurch geschaffen hat, charakterisiert sich in dem Uebereinkommen der anderen Parteien, nun ohne die Deutsche Staatspartei zu versuchen, das begonnene Werk der Sammlung fortzusetzen. Daß für die Zwecke des hier in Aussicht genommenen gemeinsamen Wahlaufsatzes, die ja auch darin bestehen, die Sammlungsbestrebungen zu fördern, das Zentrum überhaupt nicht in Betracht kommen kann, geht ohne weiteres aus der jedem Deutschen bekannten eigenartigen Struktur dieser Partei hervor. Dasselbe gilt von der bayerischen Volkspartei.

Die übrigen Parteien hören aus den Darlegungen von Koch-Weser immer wieder nur das Nein, mit welchen Worten er es auch zu begründen verusche.“

Vor einer neuen Lage.

Berlin, 3. August.

Die bereits entschwundene Hoffnung, das Bürgertum auf breiterer Front zu sammeln, hat einen neuen Impuls erhalten. Der Führer der Staatspartei Ernst Koch-Weser hat nämlich an den Vorstehenden der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, ein Schreiben gerichtet, in dem er zunächst nachtrifft, daß die Säulen der neuen Partei weit offen stehen und wieder aus allen gesinnungsverwandten Kreisen gleichberechtigt an der Bestimmung der Führerschaft und der parlamentarischen Arbeit beteiligt sein, wenn sie sich zum Anschluß entschließen.

Wenn aber keine eigene Person im Wege stehe, weil er die Art der Gründung der neuen Partei zu verantworten habe, so sei er bereit, den Weg freizumachen und schlage zur Aufhellung aller Hemmnisse vor, daß sowohl er wie Dr. Scholz sich von der Führung der neuen Partei zurückziehen und sie anderen Kräften überlassen.

Nur so werde es gelingen, alle gesinnungsverwandten Kreise zu fruchtbarer politischer Arbeit in einer großen Staatspartei zu vereinen. An die Stelle von Koch im Affensausatz der Staatspartei ist bereits der preussische Finanzminister Dr. G. P. A. Hoff getreten.

Auf schwankem Grund.

Roman von S. A. B.

Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)
„So — jetzt weißt du's. Und seit wann, wenn du fragen darfst?“
„Seit heute.“
„Seit heute?“ Meinetwegen, deine Wissenschaft ist keinen Danks. Dahlinger schimpfte mit den Fingern und lachte kurz hinaus. Frau Melanie hockte wieder: — Ethel — aber Ethel —
„Sie glauben ihr nicht, wollten die Ernsthaftigkeit ihrer Erkenntnis nicht gelten lassen, wollten sie selbstwinkeln an dem einmal gegebenen Wort.“
Mehre Todesangst kam ihr. Niesend blühte sie die Mutter an und halbierte nach des Vaters Sand.
„Mama — Papa — ich kann nicht glauben mit doch nur. Ich hab's ja nicht gewollt, es ist von selbst gekommen. Ich kann nicht mehr! Ich hab's doch ich's nicht konnte. Niesend.“
„Na, na, nur nicht so fertig. Niesend's würdlich dein voller Ernst, du läst sich über die Sache ja wohl auch in Ruhe reden.“
Ethel suchte zusammen. Ihre Hände, die des Vaters Rechte unklammernd hielten, lösten sich; langsam erwiderte Ethel es über sie hin. Einen Jammerschrei hatte sie erwartet. Kräftiges Niesend an das Bindende eines einmal gegebenen Wortes und statt dessen nun dieser beinahe gemüthliche Ton! Ethel erfaßte sie, daß sie sich selber so unbeherrschigt gezeigt, die Angelegenheit den Eltern gegenüber vielleicht ganz unmittebar von einem zu hohen Ton genommen. Sie zwang sich zu ruhiger Festigkeit, zu klarem Reden.
„Ich weiß, daß ich unredlich an Ludwig handle, wenn ich ihm mein Wort nicht halte, oder noch größer wäre mein Unrecht, wenn ich ohne deine Liebe Frau würde.“
„Um — so fo — na ja, und wie gefast, das alles weißt du erst seit heute?“

Selbstverständlich hat dieses Schreiben Kochs in allen politischen Kreisen außerordentliches Interesse erweckt, und es werden zwischen Schöpfer-Mohr und der DVP in den nächsten Tagen Bestrebungen stattfinden, um die Sachlage zu klären. Ob aber vor den Wahlen noch der große Wurf der Gründung einer neuen Einheitspartei gelingen wird, steht dahin. Für eine solche Lösung wäre der Wahlkampf bereits zu weit vorgeschritten.

Wah der parteiimittliche Pressedienst der DVP nimmt in scharfselbener Weise Stellung.

Der Brief, so bemerkt sie, bedeuhe den völligen geistigen Zusammenbruch einer politischen Sammlungaktion in der besonderen Form, wie sie von Herrn Koch-Weser aufgestellt und durchgeführt worden sei. Der staatsparteiliche Führer Koch-Weser wisse sich nicht anders mehr zu helfen, als daß er seinen Vorstoß zur Verfügung stelle, nachdem sein Rücktritt bereits sehr deutlich von den verschiedensten demokratischen und staatsparteilichen Stellen und Persönlichkeiten in der Öffentlichkeit gefordert worden sei. Es sei aber nach, nun auch den Rücktritt des Herrn Dr. Scholz zu fordern, obwohl diesem die gelamte DVP und vor wenigen Tagen noch der Reichsausatz einstimmig das uneingeschränkte Vertrauen ausgesprochen hätten. Die Deutsche Volkspartei hat jedenfalls keine Veranlassung, sich mit dem Führerproblem zu beschäftigen, weil Herr Koch-Weser geschleitet ist. Darüber hinaus wird die DVP, wenn jetzt die Staatspartei unter anderer Führung zu der Frage der Sammlung und Zusammenfassung eine andere Haltung einnimmt, sicher ohne weiteres bereit sein, mit ihr und den anderen Parteien hierüber zu verhandeln.

Es ist aber bis zur Einigung noch ein recht weiter Weg. Vorläufig ist die Lage die, daß die Staatspartei erklärt, man möge zu ihr kommen und die Volkspartei ihrerseits, die Tore für den Anschluß der Staatspartei an die bis jetzt beabsichtigte Gruppierung der neuen Parteien künden offen. Wenn man sich einigen will, müssen beide Teile auf Prestige-gründe verzichten und einander offen und ohne jeden Rückhalt entgegenkommen.

Herr Hall-Hausen klagt.

In Sachen „Deutsche Staatspartei“, deren Namen bekanntlich von einem Schriftsteller Hall-Hausen beansprucht wird, ist Verhandlungstermin über den Erlaß der einstweiligen Verfügung auf den 16. August vormittags vor dem Landgericht II Berlin anberaumt worden. Zu diesem Termin hat Herr Hall-Hausen durch seine Rechtsanwälte Dr. Erwin Feld und Dr. Max Jonas außer den Herren Artur Madraun und Koch-Weser auch die übrigen Mitbegründer laden lassen.

Simon über die Saarverhandlungen.

Der deutsche Standpunkt bleibt unverändert.

Böln, 2. August.

Der Führer der deutschen Saarabordnung, von Simon, veröffentlicht Ausführungen, in denen er u. a. sagt, daß das bisherige Ergebnis der Pariser Verhandlungen unbefriedigend sei und daß es für unsere Zugeständnisse eine Grenze gegeben habe.

In der wichtigsten Frage, der Grubenfrage, hätten sich die französischen Standpunkt, der eine Beteiligung Frankreichs am Betrieb der Saargruben zum Ziele hatte, und der deutsche, wonach die Gruben ungesamlet wieder an ihre früheren Besitzer, den preussischen und den bayerischen Staat, zurückfallen sollten, uneinbar gegenüberstanden. Man könne in diesem Zusammenhang auch nicht auf eine deutsch-französische Zusammenarbeit sprechen, wenn diese nur darin bestünde, daß beidseitig der eine Partner dem anderen einen Anteil an seinem Reichtum einräumt.

Die deutsche Saarabordnung hätte vor allem die Stellungnahme der Saarbevölkerung zu berücksichtigen gehabt und entscheidenden Wert darauf gelegt, in enger Uebereinstimmung mit der Saarbevölkerung zu bleiben.

Auf die Frage der Volksabstimmung übergehend, erklärte von Simon, es sei ihm auf französischer Seite wiederholt die Zustimmung begegnet, daß die Saarbevölkerung sich vielleicht doch aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus für die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes aussprechen könnte. Das heißt aber, die Bevölkerung recht gering einschätzen.

Zum Schluß erklärt von Simon, er gehe die Hoffnung nicht auf, daß die Verhandlungen auf einer neuen Grundlage wieder aufgenommen werden könnten. An der deutschen Standpunkt könne sich aber nichts ändern, und eine Einigung sei deshalb nur dann möglich, wenn in der französischen Auffassung ein zum Wesentlichen Wandel Platz greife.

Rudolf Dahlinger, der von der Tochter hinweg sich der Gattin zugewandt und lummne Blicke mit ihr gewechselt, fragte es und trat wieder vor Ethel hin.

„Ja, Papa. Seit heute weißt du's es. In mir war's schon seit länger.“
Groß und voll schlug sie die Augen zu dem Vater empor. Der blühte hinein, als sähe er in diesen blauen Sternen etwas, das ihn höchlich interessierte.
„Und du glaubst deiner ganz sicher zu sein daß du dich nicht in dir täuschest?“
„Ich täusche mich nicht.“
— Meinweg hat sie ihm an.
— Seine Lippen öffneten und lächelten sich wieder. Er hielt die Frage zurück, die sich empordrängen wollte und sagte dann langsam, jetzt mit einem Ton der Würde:
„Es wird dich keiner zu einer Ehe zwingen, die dein Glück nicht wäre. Bist du dir wirklich völlig klar darüber geworden, daß du Burkhart nicht liebst. Du bist es immer noch das beste, du hast den Irrtum erkannt, solange es noch Zeit ist.“ Er machte eine Pause, sah wieder zur Gattin hinüber, die es für geraten fand, ihr allein reden zu lassen um nur ihrem ihre Zustimmung zu erteilen und fuhr dann fort: „Und wie gedenkst du, es Burkhart gegenüber zu halten? Meinste du, ich sollte ihm die Mitteilung.“
Mit abweichender Gebärde fiel ihm Ethel ins Wort.
„Nein, nicht du. Ich selbst werde ihm schreiben — ich selbst.“ Und in ihr redete er weiter: „Wenn ihm weh getan werden muß, dann soll es doch nur meine Hand sein, die das tut.“

Des Vaters Blick verfolgte jeden Wechsel in ihren Mienen, bereitete sich etwa die obligatorische Tränenflut vor? Für derartige Gefühlsüberhebungen hatte er die denkbar geringste Verleibe. Er sah Ethel an der Schulter und schob sie zur Tür hinaus.
„Mir scheint, du bist noch nicht vollkommen mit dir gefestigt, wie es nötig ist, um solch eine ernste Sache endgültig zum Abschluß zu bringen. Geh einmal über alles reiflich mit dir zu Räte, dann wollen wir

Berliner Angestellten-Kündigungen.

Zwischen 4 und 45 Prozent in der Metallindustrie.

Berlin, 3. August.

In der Berliner Metallindustrie sind bisher folgende Kündigungen ausgesprochen worden:

Siemens-Schubert-Werke: Verwaltungsgebäude 290, Kabelwerk 170, Dynamometer 66, Bahnabteilung 6 Angestellte.

AGG: Apparatefabrik 199, Turbinen 120, Maschinenfabrik 126 Angestellte und 15 Pensionärinnen.

Telefunken: 29 Angestelltenkündigungen beabsichtigt, vorläufig einen Monat zurückgestellt.

Stad u. Co.: 180 Angestellte, das sind 45 Prozent der Belegschaft.

Deutsche Telefon- und Kabelwerke: 45 Angestellte.

Deutsche Telefunkenwerke: 28 Angestellte.

National-Registrierkassen: 300 Angestellte (sämtliche), aber nur zur Veränderung der Anstellungsverträge, da die Firma die letzten Beiträge bisher selbst bezahlt hat.

Forja: Die Firma läßt Kerner unterzeichnen zur Einmiltigung in Kurzarbeit.

West u. Co.: 150 Angestellte. Die Firma führte außerdem ab 1. August Kurzarbeit ein.

Deutsche Industriewerke Spandau: 11 Angestellte.

R. C. Conrad: 9 Angestellte.

Deutsche Orthopädische Werke: 6 Angestellte.

Polipolp: 20 Angestellte.

Zweizehler: 4 Prozent von 500 Angestellten.

Schwarzkopf: Schraubenfabrik wird stillgelegt. Es werden von 100 Arbeitern 100 und von 20 Angestellten 12 entlassen.

Fied: Vollständig stillgelegt. 40 Arbeiter und 7 Angestellte werden entlassen.

Ein deutsch-französischer Prozeß.

Große Aufregung in der Presse.

Weißenseels, 3. August.

Im Juni weckte eine Gruppe französischer Schwimmer in dem Städtchen Zeit. Ein Teil der Gruppe besuchte am Abend ein Langloz, und zwei Franzosen begleiteten schließlich zwei deutsche Mädchen auf ihrem Schwimmen. Darüber erregten sich verschiedene der Nationalsozialistischen Partei nachlebende oder ihr angehörende junge Leute. Freilich sozial, daß nachdem die beiden Franzosen bereits wieder vor den sie angeht bekräftigenden Deutschen losgesetzt hatten ein unbestimmter Deutscher, und zwar just einer von denen die die Franzosen in Schutz genommen hatten, einen Weisung erließ.

Wegen dieses Mehrerfolgs, dessen Urheber man in dem jungen französischen Schwimmer Couvreur aus Lourcoing in Nordfrankreich sah, fand eine Verhandlung vor dem Zehrer Schlichter statt, der den Franzosen zu vier Monaten Gefängnis wegen schwerer Körperverletzung verurteilte.

Der Franzose legte Berufung ein, und die Berufungsverhandlung fand vor der kleinen Strafkammer des Raumburger Landgerichts in Weißenseels statt. Das Gericht hielt sich im wesentlichen an die Auslagen des Geschworenen selbst eines gewissen Schröder, der in dem Franzosen den Täter sieht, verzerrt nämlich die Bemerkung des Angeklagten als auch die des Staatsanwalts und behält es bei der vom Zehrer Schlichter festgelegten Gefängnisstrafe von vier Monaten.

Dieses Urteil hat jedoch in der deutschen als auch in der französischen Presse ein ungeheurer Aufbruch gefunden. Ein Teil der deutschen Presse behauptet, daß die Berufungsverhandlung zumindest mit einem „non liquet“ geendet habe. Wenn man einen Verdächtigen die Schuld nicht beweisen kann, dann mußte nach der von altersher geübten Rechtsprechung Freisprechung erfolgen.

Die Kritik in Frankreich ist natürlich weit schärfer. Man spricht dort von einem „Handelsakt Urteil“, und die französische Presse schreift sich offenbar an, das Urteil zu politischen Zwecken auszunutzen.

Zurückzuweisen sind die französischen Presseäußerungen die von einer „staatsfähigen Einmiltigung der Nationalsozialisten“ sprechen. Selbstverständlich haben die deutschen Richter nach bestem Wissen und Gewissen Recht gesprochen. Sollte allerdings das Raumburger Gericht sich geirrt haben, so ist die ständer entgegenstehenden Auslagen nicht richtig gegeneinander abzuwägen, dann wird die neue Aufrolung des Falles, die infolge Einlegung der Revision vor leitens des Franzosen notwendig wird, Gelegenheit bieten das Urteil einer Nachprüfung zu unterziehen. Bis dahin befindet sich der Franzose in Freiheit und ist nach Frankreich zurückzuführen.

das letzte Wort darüber sprechen.“ Er drückte die Hände wieder und hinter Ethel wieder ins Schloß zurück.

„Sie war kaum zum Zimmer hinaus, da hob Frau Melanie wie außer sich die Hände.“

„Rudolf, ich bitte dich, das ist ja ganz ungläublich, daß du völlig brachlos.“

„Ein Wort des Schicksals erluchte sie, es auch noch eine Weile zu bleiben, dagegen sagte er selber, während er dabei sich aus der Brusttaste eine Fingerring heranzog von der er langsam und behutlich die Spitze abminte.“

„Ich halte das für die allerplündlichste Wendung dieser langwierigen Verlobungsangelegenheit. Denn Ludwig Burkhart ist fünfjähriger Schwiegerohn ist mir schon lange heimlich wider den Strich gegangen. Früher — vor einer halben Wandel von Jahren — als wir noch in dem eldenden Provinznest lebten, ohne Aussicht, daß ich je die Dratortung kommen würde, und auch mit dem mageren, aufgeschlossenen Lips, der Ethel, nicht viel Staat zu machen war, na, ja — heute aber — wo man eine Rolle spielt, ein Haus machen kann und dazu das Madel, wie die sich in den letzten Jahren rausgemulert hat — wie gelangt, die Geliebte mit dem Burkhart lag mir schon längst im Magen. Persönlich den Anstoß geben, daß die Verlobung in die Brüche nicht fair gewesen kommt, sie ist nun aber selbst dahinter, daß sie als keine Beamtentram mit dem vor taufend Mark Gehalt zu schade ist — a la bonheur, ich sag' gewiß nicht nein dazu!“

„Ja, aber — wenn nun Burkhart — sie ist drei Jahre mit ihm verlobt — wenn er nun da fest Schwiegertriefen macht“, meinte beneidlich Frau Melanie.

Doch ihr Gatte hobmählich den Kopf und schmerztegen: „Der nimmt keinen Kopf und tritt irgendwo in Posenadel oder Buzschibe seinen Amtsrückerdosten an. Und die Ethel —“ er schlug sich vor den Kopf — „wie Schuppen fällt's mit plöglisch von den Augen. Darum also daß sie neulich so ein merkwürdiges Interesse für das Barfach an den Tag gelegt!“

Fortsetzung folgt.)

Poincaré schreibt weiter.

Er ist entschieden gegen Panuropa.

Paris, 2. August.

Poincaré bringt sich durch immer neue Artikel in empfehlende Erinnerung der seinen Lesenden, wenn er sich auch häufig nicht nur in der Heimat durch seine scharfe und doktrinaire Art misliebig macht. So veröffentlicht er in der „Illustration“ einen Artikel, der sich in scharfen Worten gegen den Gehalten eines europäischen Staatenbundes 27 befragten Mächte teilt er in fünf Gruppen, in denen er die Hinzugehörigkeit der Nichtmittelländstaaten des Völkerbundes, die Zusammenarbeit des Staatenbundes mit dem Völkerbund, die Vorforderung der politischen Fragen über die wirtschaftlichen, die Frage der Abrüstung und schließlich die Beziehungen des Staatenbundes zu den übrigen Erdteilen getrennt behandelt. Er zählt dabei die Staaten auf, die sich für oder gegen die diesbezügliche französische Auffassung gemandt haben.

Poincaré hat Briand, die Rechte des Völkerbundes in seiner Weise zu schmälern, denn trotz der verschiedenen Schwächen, die diese Einrichtung habe, beherrschte sie doch durch die Welt und eine Änderung der Verträge, da hierzu Einmütigkeit im Völkerbund und in der Völkerbundsversammlung erzielt werden müsse. Es müsse vermieden werden, aus vorläufig noch unbestimmten Verhandlungen, in denen Frankreich nutzbringende Ergebnisse, Hindernisse zu erzielen.

Japan entfendet Truppen.

Der kommunistische Aufstand in Zentralchina

Schenghai, 2. August.

Seidem es sich bestätigt hat, daß der Aufstand in Zentralchina, der im Grunde eine agrarische Bewegung ist, ausgesprochen kommunistischen Charakter trägt, sind die in seiner Niederwerfung interessierten Kreise sehr lebhaft geworden.

Die Zentralregierung in Peking war zuerst durch das starke Aufgebot kommunistischer Kräfte überrascht, besonders auch dadurch, daß die Bauern offenbar von bolschewistischen Agitatoren ausgerüstet und von russischen Angehörigen militärisch angeleitet sind. Man hat sich zwar in Peking wieder gefaßt und die Abwehrmaßnahmen eingeleitet, die in der Macht der auch von anderen Seiten bedrängten Zentralregierung liegen.

Es scheint aber, daß man außerhalb Chinas diese Verteilung gegen den kommunistischen Aufstand der Bauern nicht für ausreichend hält. Die japanische Regierung hat kleine Truppenkontingente sofort nach China beordert und bereitet weitere Nachschüsse vor.

Außerdem wird eine diplomatische Aktion Japans angekündigt, die versuchen soll, unter Hinweis auf die schwere Gefahr einer kommunistischen Revolte die sich im Bürgerkrieg bestehenden chinesischen Generale, wenn nicht zu gemeinsamer Abwehr, so doch mindestens zu einer Waffenruhe zu bewegen, damit von Peking aus energiegelicher Widerstand geleistet werden kann.

Auswahlung der Simonkommission.

Kein neuer Vorstoß der Opposition im Unterhaus

London, 2. August.

Chamberlain teilte im Unterhause den Empfang eines Briefes des Vorsitzenden der Simonkommission mit, in dem dieser seinen Bedauern darüber Ausdruck gibt, daß die Regierung nicht ein Mitglied der Simonkommission zu der britischen Abordnung für die englisch-indische Konferenz ernannt hat. Sir John Simon erklärt sich jedoch bereit, in bezug auf die Eigenschaften des erforderlichen Erklärung des Berichtes zu gehen.

Chamberlain jagt daraufhin den von ihm in Aussicht gestellten neuen Vorstoß zur Einbeziehung Simons in die britische Abordnung zurück. Lord George bedauerte, daß die Konferenz die unschätzbaren Erfahrungen Simons entbehren müsse. Die Regierung werde durch ihren Beschluß in Indien einen Eindruck der Schwäche hervorrufen. Der Staatssekretär für Indien, Sir Wedgwood Benn erwiderte, daß die Ansicht der Regierung auf der einen Seite bestehe, daß die britische Abordnung in dem zu erörternden Angelegenheiten gegenüberzutreten wolle. Er schloß sich dem Lob der Anerkennung der Arbeiten der Simonkommission an. Die Konferenz werde den Bericht der Simonkommission miteinordnen, aber ihre Mitglieder würden ohne jeden im voraus festgelegten Plan an die Lösung des Problems herangehen. Der Ausschluß der an der Simonkommission Beteiligten sei daher vollkommen natürlich und selbstverständlich.

Aus dem In- und Auslande.

Die schäffische Handelskammer gegen Steuerplanung.

Reipzig, 3. August. Die schäffischen Handelskammern haben sich mit der Frage befaßt, daß das Reichsfinanzministerium zur Hebung der Steuerumordnung angeblich auf das Material nicht verzichten könne, das aus Angelegenheiten privater Personen über Zusammenhänge gegen die Steuerabgabengesele herrühre. Hierzu haben die schäffischen Industrie- und Handelskammern ausgeführt, daß die Steuerplanung, die zur Hebung der allgemeinen Steuerumordnung durchgeführt werden soll, selbst für unannehmlich und daher für Vermeidung gefährlich halten. Zudem haben sie darauf hingewiesen, daß die Finanzverwaltung in dem zu erörternden Buch und Betriebsprüfungsstellen bereits ein hinreichendes Mittel besitzen, um auf den Spionagegedicht verzichten zu können.

MacDonald im Münchener Rathaus.

München, 3. August. Ministerpräsident MacDonald trat mit seinen beiden Töchtern und Gefolge dem Rathaus einen Besuch ab. Im Repräsentationsraum hieß Oberbürgermeister Dr. Schwarzl namens der Stadt die Gäste willkommen und dankte mit herzlichem Worte für den Besuch. Ministerpräsident MacDonalds deutete freundlich und gab seiner Freude Ausdruck, in dem er seine Zehner, München und Garmisch sowie sonstigen Kulturorten willkommen München seien zu können.

Mitglieder der „Anleihe“-Zinsbesparplan in vier Jahren.“
Moskau, 3. August. Von amtlicher kommunistischer Seite wird angegeben, daß die große Sozialversicherungsschneise fünfzig Jahren in der Zukunft bisher ein Mißgeschick gemeinen sei. Die Zeichnungen der Arbeiter und Kollektivwirtschaftler werden längst nicht aus, um den Geldbedarf der Regierung zu decken. Es ist deshalb eine neue Verärgerung der Propaganda für die Anleihe beschlossen worden. Besonders auf dem Dorf sollen alle künftigen Angehörigen gleichmäßig die Verpflichtung übernehmen, mit aller Kraft für die Anleihezeichnung zu werden.

Aus der Heimat und dem Reich.

Remberg, den 4. August 1930

Achtung — die Pilzzeit setzt ein! Sobald die Pilzzeit beginnt, scheint es auch gut, auf die mit dem Pilzzeit verbundenen Gefahren zu verzichten. Der Pilz sammelt, der muß Pilzkenntnis besitzen, und was Pilz zum Markt bringt, ist gefährlich, diese samt und sonderb zur Kontrolle vorzulegen. Von den bei uns vorkommenden Pilzen ist ein weit größerer Teil giftig, als von vielen Leuten angenommen wird. Beim Sammeln ist aber die größte Vorsicht geboten, da ein einziger giftiger Pilz unter Umständen ausreicht, um Menschen zu töten. Der Genuß des Knoblauchpilzes zieht sehr oft den Tod nach sich. Günstig sind aber Erfahrungen nach dem Vorgehen von Pilzgeräten nicht ganz zufrieden, daß die Pilze giftig waren, sondern daß sie unachtsam behandelt wurden. Zu alte Pilze oder solche, die nach ihrer Einbringung zu lange gelegen haben, empfinden Hitze der Verwesung, die dem Pilz an sich eigen sind. Bei Regenwetter oder unmittelbar danach dürfen Pilze nicht gesammelt werden, denn sie sind durchsichtige oder nachher durchsichtige Schwämme und gesundheitsgefährlich. Man lade nur junge und völlig reife Pilze, zumal diese auch ein höherer Nährwert innehaben, als den ausgereiften.

Pilzjägers Glück. Als Seltenheit brachte uns heute der Schüler Richard Behme aus Rosta einen brandbaren Steinpilz, den er in Rottauer Für fand und der das stattliche Gewicht von 2 1/2 Pfund hat.

Zehn Gebote für Radfahrer. 1. Halte dein Rad stets in Ordnung! Unterlasse ungewollte und belästigende Glockenzeichen, benutze keine Lupen! 2. Sorge für Licht, guten Rückfahler und mitläufige Bremsen! 3. Fahre scharf rechts, überhole links, sei vorsichtig an Straßenkreuzungen, Haltestellen und Schuttwegen! 4. Fahre rückwärts! — die Straße ist keine Rennbahn und kein Zirkus! — denke an alte Leute und Kinder! 5. Gib rechtzeitig Handzeichen, wenn du abbiegen, wenden oder halten willst! 6. Fahre nicht nebeneinander, es ist gefährlich und hindert andere Wegbegänger! 7. Beachte Verkehrszeichen, sie gelten für alle Straßenbenutzer, auch für dich! 8. Hänge dich nicht an Fahrzeuge an! 9. Verfühere keine Gegenstände, die dir und anderen gefährlich werden können! 10. Nimm keine erwachsenen Personen mit auf dein Rad, auch die Mitnahme von Kindern ist nicht ohne Gefahr!

Wohls Volks-Varieté-Schau trifft morgen Dienstag, den 5. August, in Remberg ein und wird am selben Tage auf dem Schützenplatz ihre Eröffnungs-Vorstellung mit einem außergewöhnlichen Weltstadtdrama geben. Aus dem Programm ist hier nur kurz erwähnt: 3 Wohls der gemeinsamen Vorstellen, eine geistlich geführte Neuhaut für exzentrisch-artistische Gebiete, welche in den ersten Varietés und Zirkussen des In- und Auslandes gezeigt wurde. Außerdem zwei Maxims am Doppelreiß mit ihren tollkühnen Leistungen, mit Original-Todesprung. Ganz besonders sei noch erwähnt: Fräulein Ella Wohls mit ihrem Spiel mit dem Tode an 15 Meter hohem Schiffsbaum. Weitere Attraktionen, bestehend aus erstklassigen Luft- und Parterre-Akrobaten. Gute Clowns und Auguette sorgen für den nötigen Humor. Die allabendlichen tollen Vorlesungen bringen auch den griechenrätigen Besucher zum Lachen. Die Schau gastierte in den größten Städten mit dem besten Erfolg. Die Eintrittspreise sind der heutigen Zeit entsprechend niedrig gehalten, daß sich ein jeder den Besuch der Volks-Varieté-Schau leisten kann. Darum sei am Dienstag die Parole: „Auf zur Varietés-Schau“ auf dem Schützenplatz. — Alles nähere siehe Inserat.

Donnisch. Ein schwerer Unfall, der leicht erstere Folgen haben konnte ereignete sich abends in der Breitenmühle. Die Tochter Hilde der Besitzerin, Witwe Hartmann, wollte dem Maschinisten, der an der Dreifachmaschine beschäftigt war, mitteilen, daß die Arbeit beendet werden sollte. Dabei wurde sie von einer Verbindungsstelle des Treibriemens an den Kopf getroffen, und durch die Wucht mit dem Kopf gegen das Schwungrad geschleudert. Fräulein Hartmann erhielt eine klaffende Wunde am Schädel und blieb bewusstlos liegen. Zum Glück glitt der Nieren von der Scheibe. Mitglieder der Sanitätskolonne leisteten die erste Hilfe. Im Krankenhaus Zörgau wurde sofort eine Operation vorgenommen und festgestellt, daß neben einem Riß der Kopfschale die Schädeldecke verletzt sei. Jedoch hat die Patientin sich bisher gut erholt.

Reichenburg, 2. Aug. (Großfeuer.) Am Sonnabend vormittag kurz nach 11 Uhr brach in der Schäferei der Domäne Feuer aus. Das Feuer entstand in einem Stalle, in dem die Zuchtschöde und Walfammel untergebracht waren. Die freien Feuerwehrleute von Reichenburg, Brettin, Labrun, Großehren waren schnell zur Stelle und bekämpften energisch den Brand. Der Fachwerstall war jedoch nicht zu retten, desgleichen gelang es auch nicht, die Tiere aus diesem Stalle, 10 wertvolle Zuchtschöde und ungefähr 25 Mastschafe, der Feuerbrunst zu entreißen. Ueber die Entstehungsurache ist noch nichts bekannt.

Burgen, 1. August. Die Burgenere Kunstmühlwerke und Viskositätsfabriken vorm. J. Kriehlf hatten vor etwa 14 Tagen bei ihren Gläubigern die Bewilligung eines Moratoriums bis 15. September d. Js. nachgesucht; es ist nicht gelungen, innerhalb der hierfür vorgesehenen kurzen Frist die zur Annahme des Moratoriums erforderliche Zustimmung zu erzielen, und die Verwaltung hat sich genötigt gesehen, das gerichtliche Liquidations-Verfahrensverfahren zu beantragen. In einer Ausschlußsitzung wurde festgestellt, daß das abgelaufene Geschäftsjahr, einschließlich der regulären Abrechnungen von 152000 Mark, mit einem Verlust von rund 449000 Mark abschließt.

Leipzig, 1. Aug. (Große Waffenfunde in Leipzig.) Die Ermittlungen der politischen Abteilung der Kriminalpolizei Leipzig über den Verbleib des Welses der im Januar dieses Jahres aus einem Waffenhaus der Reichsmehr in Leipzig gestohlenen Waffen wurden am Freitag von einem letzten Erfolg gekrönt: Beamte der politischen Polizei fanden in einem Garten zu Leipzig-Kleinölsdorf zwei Maschinengewehre 08, zehn Infanteriegewehre, vier Karabiner, 1250 Schuß geputzte Maschinen- und Infanteriegewehrmunition, ferner Hand-

granatengürtel, Zündschnüre und Gemehrgarnaten. Alle diese Gegenstände waren in einer von Mitglieder der SPD. sorgfältig mit Blei ausgelegten großen Kiste gemultert. Die Ermittlungen der politischen Polizei werden weitergeführt.

Mord, Mordverdacht und Selbstmord

Köffen (Anhalt). Aus dem Hause des Kreislagewärter Müller in dem benachbarten Dohna Dorf erlöschten Sonnabend früh gegen 11 Uhr vier Schüsse. Hinzukommende Personen fanden den dort wohnenden 20jährigen Arbeiter König mit einem Kopfschuß vor der verschlossenen Haustür liegen. Man drang in das Haus ein und ließ auf die 28jährige Frau Müller, die mit einem Buchstich tot am Boden lag. Im ersten Stock fand man die 60jährige Schöne gemultert mit zwei Brustschüssen, die aber noch berdeiten konnte, daß ein Streif hatgefunden habe, in dessen Verlauf König auf sie und die junge Frau Müller drei Schüsse abgegeben habe, worauf er sich selbst das Leben zu nehmen versuchte. Die Männer der beiden Frauen befragten, daß König, der an Anstaltsarbeit ist und deshalb sehr unzuverlässig war, schon wiederholt mit den Frauen Streit hatte. Die Schwereverletzung der Frau und König wurden dem Schönen Krankenhaus zugeführt. Man hofft, die Frau am Leben erhalten zu können. König dürfte kaum zu retten sein.

Der neue Leiter des Dessauer Bauhauses

Dessau. Als Nachfolger von H. Weyer am Bauhaus ist der bekannte Berliner Architekt van der Nabe bestimmt worden.

Zusammenlegung in der anhaltischen Forstverwaltung

Dessau. In Fortsetzung seiner Sparpolitik hat das Anhaltische Staatsministerium weitestgehende Vereinigungen und Zusammenlegungen in der anhaltischen Forstverwaltung beschlossen. Im März und im April 1930 soll eine Dersaforstverwaltung zusammengelegt werden, wodurch eine Vergrößerung der übrigen Reviere entsteht. Das Revier Dersaforst wird mit einem Revier befestigt, und die Reviere Dessau und Heuburg sollen aufgeteilt werden.

Dessau. Herabsetzung des 12. Infanterieregiments. Das 12. Infanterieregiment hat seine Herabsetzung vom 4. bis 10. September im Raume Staßfurt-Mansleben-Halberstadt ab. Am 4. September findet ein Einberufung überhalb von Schönebeck statt.

Folgen der ungünstigen Wirtschaftslage

Magdeburg. Wie aus einer dem Reichstag vorgelegten Uebersicht über den Stand der Erhebung und Beitreibung der Zölle und Verbrauchsabgaben nach dem Stande vom 1. April 1930 hervorgeht, betrug das Steuerauskommen in den Monaten Oktober 1929 bis März 1930 im Bundesfinanzamtsbezirk Magdeburg 99 527 000 RM. Die Steuerleistung in den Monaten April bis März 1930 betrug 100 000 000 RM und betrug die für 1930 1931 festgesetzt sind 15 833 000 RM. 1 472 000 RM aus Billigkeitsgründen erlassen und 391 000 RM niedergelassen. Der Bezirk Magdeburg steht von 26 Bundesfinanzamtsbezirken an 26. Stelle.

Am die Niedrigwasserregelung der Elbe

Magdeburg. Auf die von der Arbeitsgemeinschaft der Elbschiffahrt dem Reichsverkehrsminister zugegangene Entscheidung betreffend die baldige Inangriffnahme der Niedrigwasserregelung der Elbe hat der Minister geantwortet, daß er die Regulierung der Elbe von der stichhaltigen Grenze bis Hamburg als eine seiner nächsten großen Aufgaben betrachte. In dem Regulierungsentwurf sollen die Nebenarmen berücksichtigt werden, die den Gefälle der Elbe, wenn irgendmöglich, noch in diesem Jahre erledigt werden. Der endgültige Entwurf soll bis Ende 1930 fertiggestellt sein. Für den Entwurf einer verlässlichen Regulierung werde allerdings nach dem Jahr 1931 in Anspruch genommen werden müssen. Nach ihrer Prüfung werden ihre Ergebnisse dem Elbvertragsrat zugehen.

Salle. Bürohausneubau. Der seit langem vom ursprünglichen Stadt geplante Neubau eines Bürohauses wird aller Wahrscheinlichkeit nach am Ende des Jahres 1930, wenn irgendmöglich, noch in diesem Jahre erledigt werden. Man hat den Bau eines vierstöckigen Hauses vorgesehen, in dem die drei Kassenämter und das Kulturamt untergebracht werden sollen.

Neunzig Morgen Getreideernnte vernichtet

Merzbach. Die unvorhergesehene Umgehung mit Streichfäden durch spielende Kinder hat wieder einmal den Schaden angerichtet; im benachbarten Schafstädt brannten durch diesen Verstoß neunzig Morgen Getreideernnte nieder, während die benachbarte Scheune von den Flammen verschont wurde. Die Ernte von etwa 90 Morgen wurde völlig vernichtet.

Drei Personen vom Bliz getroffen

Reußbach. Bei dem letzten schweren Gewitter schlug der Bliz in das Gemeindehaus und das danebenstehende neu erbaute Haus des Arbeiters Kiewewetter ein. Der Bliz nahm seinen Weg an der Schlichtung entlang in den Keller und trat dort die Ehefrau Marzta, die ihre Kleiderfenster schließen wollte. Ihr wurde der rechte Arm und das rechte Bein gelähmt. Im Kiewewetterischen Hause schlug der Bliz in die Ackerstichung und verbrannte den am Schalter stehenden Arbeiter K. im Rücken, während seiner Frau der rechte Arm gelähmt wurde. Brandschaden ist in beiden Fällen nicht entstanden.

Scharlach im Zeißer Ferienheim

Zeiß. Im Kinderheim der Stadt Zeiß ist Scharlach ausgebrochen, so daß die Schließung von 25 Ferienheimen angeordnet wurde. Die schwer erkrankten Kinder wurden dem schäffischen Krankenhaus zugeführt, während die übrigen Kinder der Pflege der Eltern anvertraut wurden.

Weißenfels. Eigenartiger Sport. Hier wurde nachts eine ganze Reihe Fensterheben von Geschäften durch Bubenhändler zerlumpten. Etwa 50 Scheiben weiser quer über die ganze Breite scharfe Schmitze auf. Für die Ergreifung der Täter wurde eine Belohnung von 100 RM ausgesetzt.

Niebergroba. Beim Holzabladen tödlich verunglückt. Beim Abladen von Langholz aus einem Baum genügen auf dem Bahnhof Niebergroba wurde der Landwirt Ernst E. tödlich verletzt. Von dem Wagen löste sich eine Stennerkette, die abrollenden Stämme traf den Landwirt an den Kopf, so daß er nach kurzer Zeit starb.

Zeiß war nicht in Garmisch

Zeiß. Zu der Besprechung der hiesigen Minister in Garmisch meidet ein hiesiges Blatt die Mitteilung, daß Minister Friede an der nicht teilgenommen habe. Die Einladung hätte ihn, da er mehrere Tage von seinem Stützquartier abwesend war, zu spät erreicht. Auch das Schreiben des Ministers Dr. Friede, in dem er das mitteilt, lie aus den gleichen Gründen verdrängt einetroffen. Es habe sich also nur um

einen Gedanken-austausch zwischen dem Minister Dr. Kühne und dem Vorsitzenden Minister Baum, insbesondere in dessen Eigenschaft als Finanzminister gehandelt.

Schnelgericht in Thüringen
Weimar. Wie verlautet, beschlagnahmte Thüringer Su-
 fitzministerium im Hinblick auf das vom Reich erlassene Waf-
 fenverbot die Einrichtung von Schnellgerichten anzuordnen
 bei Überfällen und Verarmungsstörern schnell ein-
 zuschreiten zu können.

Eilenach, Brandstiftung in den Hörselewer-
ten? Die Entstehungsurache des großen Schadenfeuers in
 den Hörselewerfen konnte bisher noch nicht ermittelt werden
 Da Brandstiftung vermutet wird, hat die Untersuchungs-
 kommission eine Beschlagnahme von 3 000 RM ausgesagt für
 Personen, die den über die Täter zur Anzeige bringen, damit
 Bestrafung erfolgen kann.

150-jähriges Jubiläum der Greizer Schützen-gesellschaft
Greiz, vom 3. bis 11. August feiert die Privilegierte
 Schützen-gesellschaft in Greiz ihr 150-jähriges Bestehen. Dielet
 Gedächtnis der Bräutigamfeier soll in festlicher Weise began-
 gen werden, zugleich mit der Weihe einer neuen von den
 Schützenfrauen gestifteten Fahne. Am Sonntag fand eine
 Gefallen-Ehrung am Greizer Ehrenmal statt verbunden
 mit der Fahnenweihe. Ein großer historischer Festzug stellte
 die Geschichte der Gesellschaft und des Schützenwesens dar.
 Auch die Annahmen beteiligten sich mit Festzügen, außer-
 dem 20 Schützenjungen mit 700 Schützen und etwa 1500 Fest-
 zugsteilnehmer. Auch die Vertreter der Umgebung waren
 im Festzug vertreten. Fahnenpaten sind der Erbringer Reuf-
 Gera und der älteste Sohn der Prinzessin Herm. Reuf a. L.
 Prinz Johann Georg zu Schönau-Carolath. Der Vater der
 Prinzessin Hermine, Fürst Heinrich der Zweifundzwanzigste
 Reuf a. L., war der letzte regierende Fürst des Landes und
 auch der letzte Protektor der Schützen-gesellschaft.

Benningerode, 29. Juli. Ein Altes Abenteuer erlebte
 hier eine junge Frau in einem alten Hause in der Friederichs-
 straße, das trotz der durchgeführten Kanalisation die Ab-
 ortanlage noch im Hinterhaus aus Großparterre Zeiten be-
 sitzt. Das Unglück wollte es, daß die Frau mit der ganzen
 Abortanlage durch das mochte Gebälk durchbrach und in die
 die Abortegele hineinfuhrte. Auf die Hilfe der Un-
 glücklichlichen erschien eine Nachbarin, die aber bei dem An-
 blick das Bewußtsein verlor. Im letzten Augenblick wurde
 der Ehemann der verunglückten Frau auf den Vorfal auf-
 merklich, und es gelang ihm, mit einer Leiter seine schon
 beunruhigend gemordene Frau aus der gefährlichen Lage
 zu befreien. Die Bedauernswerte erlangte erst am Abend

das Bewußtsein mit ärztlicher Hilfe wieder.

Ein gemauertes Fund
Leipzig. Im Keller eines Hauses in der Lindenstraße
 wurde unter Holzbohle entdeckt der bereits stark in Ver-
 wendung übergegangene Leichnam eines neugebore-
 nen Kindes aufgefunden. Die polizeilichen Ermittlungen
 ergaben, daß das Kind kurz nach der Geburt — vor etwa
 acht Tagen — erdrosselt wurde. Die Kindesmutter,
 das Dienstmädchen Klara M., wurde unter dem Verdacht
 der Kindes-tötung verhaftet.

Leipzig, 26. August. Ein Personentödtlich verunglückt
 in der Woche vom 20. bis 26. Juli erlagen in Leipzig 9 Per-
 sonen tödtlichen Unfällen und 8 endeten durch Selbstmord.

Taucha, Blausäurevergiftung nach dem Ge-
 nuss bitterer Mandeln. Im benachbarten Plöth
 verzehrte der dreijährige Sohn des Bäckermeisters Reuf
 beim Spielen gefundene bittere Mandeln. Nach dem Genuss
 stellten sich durch Blausäure verursachte Vergiftungs-
 ercheinungen ein, und die Hilfe des sofort herbeigerufenen Arztes
 kam zu spät, da der Tod inzwischen eingetreten war.

Unterlagungen von 20 000 RM aufgedeckt
Cengelsh. 1. Erg. Eine unvermutet vorgenommene
 Kassenrevision bei der hiesigen Giro-casse hatte ein über-
 raschendes Ergebnis: Es wurden Unterlagungen in Höhe
 von 20 000 RM aufgedeckt. Durch diese seit mehreren Jahren
 begangenen Verletzungen wurde aber, wie verlautet, die
 Stadt nicht in Mitleidenschaft gezogen, da der Fehlbetrag
 durch weit höhere Sicherheitsrücklagen gedeckt sei. Die nächste
 Stadtvorordneten-sitzung wird weitere Einzelheiten zutage
 fördern.

Plauen, Beim Antennenbau tödtlich verun-
glückt. Beim Anbringen einer Antenne zog sich durch Ab-
 fällen der Elektrodrähte Schäfer so schwere innere
 Verletzungen zu, daß er im Krankenhaus seinen Verletzungen
 erlag.

Die Antikriegs- und Antirassengebung der SPD in Dresden
Dresden. Die Antikriegs- und Antirassengebung, zu der die kom-
 munistische Presse in den letzten Tagen für den 1. August auf-
 gerufen hatte, ist im Wesentlichen ohne größere Störungen
 verlaufen. In der letzten Abendstunde bildete sich auf dem
 Wilhelmplatz in Dresden-Pfunds ein Demonstrationenzug
 der etwa 1200 Teilnehmer aufwies, und sich unter Mitfüh-
 rung zahlreicher Transparente, Plakate ufm. in Richtung
 Bismarckallee bewegte. Die Polizei sah sich gezwungen, verchie-
 dentlich Plakate mit beleidiglichen Aufschriften zu ent-
 fern und mußte, da Widerstand entgegengeleitet wurde, mehrmals
 mit dem Gummistückel eingreifen. Gegen 9 Uhr abends
 löste sich der Zug auf.

Schweres Explosionsunglück.

2 Tote, drei Schwerverletzte.

8.8.1930, 3. August.

Auf der M.-G. für Stickstoffdünger in Anspand ereignete
 sich ein schweres Explosionsunglück.

In einem Prüfraum sollten an fünf Arbeiter Gas-
 schutzmasken auf ihre Dichtigkeit hin geprüft werden. Diese
 Prüfung wurde unter Leitung eines Feuerwehmannes vor-
 genommen, der eine Patronen, die ein auf die Augenschleim-
 häute wirkendes Reizgas enthielt, anstieß.

Kaum war die Gaspatrone angezündet, als sich eine
 weitere Explosions ereignete und gleichzeitig den ganzen
 Raum mit Flammen anfüllte, die die Kleidung der Arbeiter
 in Brand fegte. Die Arbeiter folgten nicht dem Beispiel
 des Feuerwehmannes, sich mit den brennenden Kleidern
 auf die Erde zu werfen, sondern liefen ins Freie hinaus, wo-
 bei sie sich am ganzen Körper schwere Brandwunden zu-
 zogen. Nachdem zwei Arbeiter bald nach ihrer Einlieferung
 ins Krankenhaus starben, ist nunmehr ein weiterer Arbeiter
 einen schweren Verletzungen erlitten.

Wirtschaftlicher Wochenbericht

mitgeteilt von der Mitteldeutschen Landesbank, Magdeburg, durch
 die Stadtpostkasse zu Kemberg.

Nach dem Reichsbankausweis vom 23. Juli 1930 hat sich die
 gesamte Kapitalanlage der Bank um 71,6 Mill. RM auf 1565,8
 Mill. RM erhöht. Der Umlauf an Reichsbanknoten verringerte
 sich um 221 Mill. RM auf 3965,9 Mill. RM. Die Drückung der
 Noten durch Geld allein erhöhte sich von 62,5% in der Vormo-
 nat auf 63%, diejenige durch Geld und bedeckungsfähige Devisen von
 66,9% auf 70,6%.

In der allgemeinen Wirtschaftslage ist immer noch keine Ent-
 spannung zu verzeichnen. Allerdings verläßt man sich von der
 bevorstehenden Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms
 wenigstens eine teilweise Besserung, die jedoch für manche In-
 dustrien jahresweise recht spät eintrifft.
 Die auf den Ertrag des 23. 7. 30 berechnete Großhandels-
 umsatz des Statistischen Reichsamtes beträgt unverändert 125,5%.
 Die Erhöhung des Index für Agrarstoffe um 0,5% wird durch
 Entlastungen in den anderen Indizesgruppen ausgeglichen.
 Auf dem Arbeitsmarkt droht eine weitere Verschärfung der
 Lage einzutreten. Ferner haben sich die angekündigten Ent-
 lastungen in der Berliner Metallindustrie sowie im Reintholen-
 bergbau. Der mitteldeutsche Arbeitsmarkt erfuhr durch die Wieder-
 aufnahme der Arbeit im Mansfelder Kupferbergbau eine erfreuliche
 Entlastung.

Alle Berufs-, Unterhaltungs- und Mode-
Zeitschriften

liefert **Richard Arnold**, Buchhandlung, Leipzigerstr.

Sonntag, den 9. August 1930, nachm 7¹/₂ Uhr
 werden im **Gasthof zu Neuro**
 an der Straße Kemberg—Schmiedeberg
 die **Wepfel** (Goldparade) und **Birnen** (weiß Güte Luise)
 an allen Straßen
fämtliche Pflanzen
 gegen Barzahlung öffentlich meistbietend verpachtet
 Neuro, den 3. August 1930
Der Gemeindevorsteher Nebelung

Mein Saison - Ausverkauf
 hat am **1. August** begonnen.
 Der jetzigen wirtschaftlichen Notlage entsprechend habe ich die
Preise ganz bedeutend abgebaut
 sodaß Sie sich für wenig Geld
 schöne Anschaffungen machen können.
Jetzt kaufen heißt sparen
J. G. Schneider
 Wittenberg, Markt
 Kleider .. Mäntel .. Stoffe .. Gardinen

Prima frisches fettes Hammelfleisch
 empfiehlt **Ernst Bachmann**
 Prima junges fettes
Hammelfleisch
 empfiehlt
Rich. Krausemann Nachf.,
 Inh. Heinrich Schneider
Morgen Dienstag
 früh
frischer Schellfisch
 in Eispackung
Paul Mierzschke, Burgstraße
Bestellungen
 auf
Kuchen-Pflanzen
 nimmt bis **Mittwoch abend**
 an **Otto Quinque**
Junge Fühner
 zu kaufen gelüdt
Sermann Gutherl

Glashaut
 für den Hausgebrauch **schützt vor Fliegen:** Speisen und Getränke
 in Speisekammer und Küche, auf dem täglichen Tisch oder festlicher Tafel,
schützt federe Lampenschirme, losbare Decken usw., im Krankenzimmer
 Medikamente, Verbandstoffe. **Die Glashaut schützt und erhält**
alles neu. Die Rolle (1,50 m lang) ist für 45 Pfg. erhältlich in der
Buchhandlung Rich. Arnold, Leipziger Str.

Arbeitsburschen
 15—17 Jahre alt, stellt sofort ein
Gustav Anz
 Gebe in großen und kleinen Posten
Brennholz (Abfallholz)
 billig ab
 Suche für sofort einen

Dienstknecbt
 15—18 Jahr. Zu erfragen in der
 Geschäftsstelle d. Bl.

Inkarnatblee
 Ballersbacher Erbsen
 Sommerwicen
 Pelusigen
 Gelbsen
 Buchweizen
 Weizenrisensaat
 Winterwicen
 Wintereraps
 Winterrüben
 empfiehlt
Rudolf Huhn

Der Stahlhelm
 Bund der Frontsoldaten
 Mittwoch, den 6. August, abends
 1/9 Uhr im Palmbaum
Bersammlung
 Der Ortsgruppenführer
Krieger - Verein
 Dienstag, den 5. Aug.
 abends 1/9 Uhr, im Ver-
 einshotel Hotel Palmbaum
Bersammlung
 Erscheinen aller Kameraden ist sehr
 erwünscht.
Der Vorstand

Reichsbanner
 Schwarz-Rot-Gold
 Bund deutsch. Kriegsteil-
 nehmer E. V.
 Ortsgruppe Kemberg.
 Morgen Dienstag abend 1/9 Uhr
 im Bürgeraal
Bersammlung
 Zahlreiches Erscheinen erforderlich
Der Vorstand.

Nur 2 Tage! Nur 2 Tage!
Wehl's
Volks - Variete - Schau „Atlantia“
 trifft hier ein und gibt
Dienstag, den 5. August, abends 8¹/₂ Uhr
 auf dem **Schützenplatz in Kemberg** ihre erste große
Eröffnungs-
Vorstellung
 mit einem Rekord-Programm im Tempo der Zeit.
Preise der Plätze: Stuhlpl. 70 Pfg., 1. Platz 50 Pfg., 2. Platz
 40 Pfg., Stehplatz 30 Pfg. Kinder zahlen auf allen Plätzen die Hälfte.
 Um zahlreichen Besuch bittet
Die Direktion.

Geflügelfutter „Muskator“
 fördert die Eierproduktion und
 das Wohlbefinden der Hühner
 erhältlich bei **E. G. Pfeil**
 Heute früh 2 Uhr verschied sanft nach längerem
 Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger-
 und Großvater, der Auszügler
Wilhelm Günther
 im 73. Lebensjahre. Dies zeigen in tiefstem Schmerz an
Die trauernden Hinterbliebenen
 Ateritz, den 3. August 1930.
 Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittag 2 Uhr vom Trauer-
 hause aus statt.

Für die vielen Beweise der Teilnahme beim Hin-
 scheiden meiner lieben Frau sagen wir allen auf diesem
 Wege herzlichsten Dank
Adolph Schmidt
 und Schwester Scholtesseck

Redaktion, Druck und Verlag: Richard Arnold Kemberg — Fernsprecher Nr 203.

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: Landmanns Sonntagsblatt und „Mittleres Unterelbungsblatt“. Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streifen also zeitlich jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise Preisliste oben rechts Seite 15 Pfg., die Spaltenweise Preisliste unten rechts Seite 30 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederabgabe unentgeltlich geschiebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagegebühr: 10.— Mk. das Zeilen, zuzüglich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 90

Dienstag, den 5. August 1930

32. Jahrg.

Neues in Kürze.

- Koch-Weser hat an Dr. Schatz einen Brief gerichtet, in welchem er vorschlägt, sechs Parteiführer nachträglich zurücktreten, um die Einigung der Bürgerlichen Mitte zu erzielen.
- Im Weihenstepfer Bezugsprogramm wurde Cuxelver erneut zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt.
- Durch die Spargung von 10 000 Volksschullehrstellen, mit denen etwa 100 Millionen Mark einsparen.
- Nach Beilegung einer Forderung des Königs wurde das anglixe Parlament bis zum Herbst vertagt.

100 Millionen Ersparnis in Preußen. 10 000 Volksschullehrstellen weniger.

Berlin, 3. August.
Von zuständiger preussischer Stelle wird die Nachricht eines Berliner Blattes, wonach der preussische Finanzminister im Namen der Staatsregierung ein Sparprogramm vorgelegt habe, das mindestens 100 Millionen Mark einbringen soll, bestätigt.

Das preussische Finanzministerium schlägt in dem Entwurf die Einziehung von Volksschullehrstellen sowie die Zusammenlegung von Klassen der höheren Schulen vor. Das sich über drei Jahre erstreckende Programm rechnet mit der Einparung von etwa 10 000 Volksschullehrstellen sowie mit der Umgestaltung der neunstufigen Lehrpläne in achtstufige.

Wie erläutert zu diesem Entwurf bemerkt wird, ist eine Wiederholung des Rationalisierungs von 1924 in keiner Weise geplant. Es sollen auch keine einzelnen Lehrer abgebaut werden. Vielmehr ist die Durchführung der Sparmaßnahmen so gedacht, daß die Einstellung von Junglehrern deren Zahl sich augenblicklich in Preußen auf 10 000 bezieht, in Zukunft eingedämmt wird. Der Bestand an evange- lischen Junglehrern werde im Jahre 1931 und der an katholischen Junglehrern im Jahre 1935 aufgebraucht sein. Zur Begründung der Sparmaßnahmen wird folgendes Zahlenmaterial vorgelegt: Während sich die Zahl der Schulfristen heute auf 4,3 Millionen bezieht, habe es in der Vorkriegszeit unter Einfluß der verlorenen Gebiete 6,5 Millionen Schulfinder gegeben. Die Zahl der Lehrer sei dagegen von 117 000 auf nur 110 000, also verhältnismäßig schwach gesunken. Für die Erziehung der neunstufigen höheren Lehrpläne unter einem Jahrgang sei die Überlieferung zum Maßstab, daß sich die Klassenfrequenz heute auf 38,7 Kinder bezieht, während sie in der Vorkriegszeit 33 Kinder betragen habe. Die Frist von 3 Jahren genüge nach Ansicht des Finanzministeriums, um Härten gegen die Lehrer zu vermeiden.

Staatsaufträge und Lohnkämpfe.

Ein Schritt des Reichsarbeitsministers.

Berlin, 2. August.

Ein amtliches Communiqué weist darauf hin, daß sich der Reichsarbeitsminister durch Vorgänge der letzten Zeit veranlaßt gesehen hat, die Beschäftigungsressourcen darauf hinzuwirken, daß sie öffentliche Aufträge nicht an Firmen vergebene, die ein offenbar unzulässiges Verhalten an den Tag legen. Diese Anweisung ist zweifellos im Zusammenhang mit dem großen Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung erfolgt.

Es will verhindern, daß öffentliche Aufträge an Firmen gelangen, die durch ungerechtfertigte Entlassungen, ungerechtfertigte Lieferungen oder ähnliche unzulässige Maßnahmen die Lage der Arbeitnehmerschaft nachteilig beeinflussen.

Den unmittelbaren Anlaß zu diesem Schritt des Reichsarbeitsministers hat zweifellos die Case in der Berliner Metallindustrie gegeben, die die Monatsgehälter mit umfangreichen Kürzungen vorgegangen ist.

Es handelt sich um etwa 4000 Angestellte, und es sind in der Hauptsache die Großbetriebe, die Massenentlassungen herausgehoben lassen. Dabei wird in vielen Fällen eine Wiedereinstellung bei verminderter Arbeitszeit oder verringertem Lohn in Aussicht genommen, eine Zustimmung gegen die Arbeitnehmerschaft ist zunächst grundsätzlich wehr. Man darf wohl annehmen, daß die Aktion des Reichsarbeitsministers ebenfalls nicht so sehr auf besondere Anlässe hinzielt als grundsätzlich gemeint ist und den Zweck verfolgt, Verhandlungen in die Wege zu leiten, durch die man den zwar sehr stark in die Erscheinung getretenen, aber doch noch in seinen Anfängen befindlichen Konflikt schließlich zu lösen vermag.

Reichsbahn schafft Arbeit.

Die Finanzierung gesichert.

Berlin, 2. August.

Amlich wird mitgeteilt: Die mit einem Dankens-Consortium unter Führung der Reichsbahn geschlossenen Verhandlungen über die Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Deutschen Reichsbahn sind erfolgreich abgeschlossen. Von dem Gesamtbeitrag von 150 Millionen Mark Schenkungen sind bereits 75 Millionen Mark gegeben, während der Rest am Kapitalmarkt untergebracht werden soll. Die Schenkungen sind mit fünfjähriger Laufzeit und

einem Zinssatz von 6 Prozent ausgestattet. Die Papiere werden zu einem Ausgabekurs aufgelegt, der den Zeichnern eine günstige Effektivverzinsung sichert. Sie sind zur Vorbereitung bei der Reichsbank und zur Preußischen Staatsbank zugelassen. Die Verleiher der Rückversicherung ist beantragt, die Befreiung vom Steuerertrag zum Kapitalertrag sichergestellt.

Damit ist die im Auftrage des Reichskabinetts vom Reichsverkehrsminister seit längerer Zeit auf das nachdrücklichste betriebene Eingliederung der Reichsbahn in das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung zur Laufsache geworden.

Die Reichsregierung hofft, in der Bekämpfung der deutschen Wirtschaft einen wesentlichen Schritt weitergekommen zu sein, und erwartet, daß das Beschaffungsprogramm der Reichsbahn im Rahmen des Gesamtbefschaffungsprogramms und der damit zugleich angebotenen allgemeinen Preisentlastung wesentlich dazu beitragen wird, der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Die dadurch gegebene Belebung der Wirtschaft wird auch die Tätigkeit der Reichsbahn selbst beleben.

Gesellschaft für öffentliche Arbeiten.



Da hierzu noch die eigenen Mittel der Gesellschaft fänden, die ihr an Zinsen- und Zinsungsbeträgen aus ihren Darlehen zuzuführen, werde sie in der Lage sein, in ausreichendem Maße Mittel für Notstandsarbeiten bereitzustellen.

Der Zweck der Gesellschaft ist die Durchführung der Maßnahmen des Reiches auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Arbeitslosenfürsorge zu ermöglichen, indem sie den Reichsanteil an der verstärkten Förderung der Notstandsarbeiten bestimme.

Finanzreform und Wissenschaft

Eine Rede Geheimrat Dulsbergs.

Bonn, 1. August.

Aus Anlaß der Hauptversammlung der Gesellschaft von Freunden und Förderern der Universität Bonn sprach Geh. Rat Dulsberg über Finanzreform und Wissenschaft. Er führte aus, unsere öffentliche Wirtschaftspolitik habe die beiden Quellen, aus denen die Kräfte zum Konjunktur-Aufstieg fließen, nämlich Kapitalbildung und Unternehmer-Initiative, reiflos verflüchtigt.

Die Kardinalfrage sei und bleibe: Finanzreform durch Anpassung staatlicher Schicksalsprüche an die Wirtschaftslage, Reform der Sozialpolitik durch Umgestaltung der Arbeitslosen-Versicherung und der Krankenversicherung.

Es habe sich in dieser Krisenzeit als unbedingt notwendig erwiesen, die verheißungsvoll begonnene Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer fortzusetzen. Wenn die existenznotwendige Reform endlich zur Durchführung kommen solle, müsse in das neue Parlament ein geschlossener Block des Bürgerturns von rechts bis in die Mitte hinein einziehen mit dem berechtigten Willen, unter dem Gesichtspunkt des Allgemeinwohls Reformen nicht nur in Programmen niederzulegen, sondern sie auch rasch zur Tat zu bringen.

Es bestche die Gefahr, daß bei einem Reformwerk mit dem Ziele des Ausgabensabbaus statt der Einnahmenerhöhung die Linie des geringsten Widerstandes gemäß werde.

Den geringsten Widerstand glaube man nach Lage der Dinge bei der Wissenschaft zu finden, und gerade hier seien ichematische Streichungen am gefährlichsten, träfen sie doch einen der wenigen Faktoren, die uns noch eine glückliche Zukunft erhoffen lassen. Wenn man neue Mittel, neue Erfindungen und neue Verfahren für unseren wirtschaftlichen Wiederaufstieg gewinnen wolle, dann könne sie uns nur in unteilbarster, laubrelange Forschungstätigkeit der Wissenschaft bringen.

Nehr wie je müßten wir in der jetzigen schweren Zeit mit allen Mitteln versuchen, den Besen unseres Volkes den Aufstieg in Zukunft stellen zu erleichtern.

So notwendig ein energisch durchgeführtes umfassendes Reformprogramm sei, so wichtig ist es auch, daß es ohne leibliche Unterbrechung der organischen Weiterentwicklung unserer Wirtschaft die Basis für ihr ungeliebtes Funktionieren und damit für die Erzielung der unteilbaren Willen zu wagnisreicher Produktionsvermehrung entwickeln, der zusammen mit der wiederhergestellten Rentabilität Voraussetzung für unseren Wiederaufstieg sei.

Fehlleitung von Kapital.

Wenn der Staat wirtschaftet...

Berlin, 3. August.

Eine der bemerkenswerteren Erscheinungen in der Kapitalwirtschaft der öffentlichen Hand ist die besondere Geislichkeit der staatlichen Organe, die öffentlichen Mittel ausgerechnet in unrentablen Betrieben anzulegen.

Ein Beispiel hierfür bietet die Schichau-Sanierung, die im vorigen Jahre nach dem Verlust von mindestens 18 Millionen Mark öffentlicher Gelder unter Aufwendung von weiteren 21 Millionen und der Zulieferung einer jährlichen Unterhaltung von 3,5 Millionen Mark erfolgte, obwohl die Vertreter fünf sämtlicher Parteien erklärten, daß die geplante Sanierung dem Unternehmen auf die Dauer keine wirkliche wirtschaftliche Hilfe zu bringen vermöge. Nichtsdestoweniger wurde das Gesetz über die Schichau-Sanierung vom Reichstage angenommen, weil man in den Gängen der Schichau-Werke drohenden Arbeiterentlassungen vorbeugen wollte. Wie sich nun immer mehr herausstellt, ist dieser Gesichtspunkt sehr am Platze gewesen, denn die künstliche Aufrechterhaltung dieses für die Verlorung des Marktes entbehrlichen Unternehmens führt nunmehr zu Schwierigkeiten für andere Betriebe, weil sich das Schichau-Unternehmen neuen Fabrikationszweigen zugewandt hat und damit den betreffenden Werken Aufträge und Beschäftigung entzieht.

So sah sich bereits vor längerer Zeit der Vertreter der hiesigen Regierung veranlaßt, dagegen Protest einzulegen, daß die künstliche Turbinenindustrie durch die Einstellung der Schichau-Werke auf Turbinenbau mit staatlichen Mitteln unterbolen wird.

Inzwischen hat sich der Preis derjenigen Industrien noch vergrößert, deren Wirtschaftlichkeit durch die Staatsubventionen für die Schichau-Werke und das dadurch ermöglichte Eindringen der Schichau-Werke in ohnehin überlebte Produktionszweige untergraben wird. Am Interesse einer Behandlung sind in verschiedenen Antriebszweigen unter Anwendung erheblicher Kosten Zusammenlegungen und Stilllegungen von Werken vorgenommen worden.

Mit den Steuern verbleiben Industriezweige, die sich um eine Kräftigung ihrer Wirtschaft bemühen, wird jetzt durch das planlose Vorgehen der Firma Schichau das gute Ergebnis derartiger Rationalisierungen verfehlt. Es ist sehr bemerkenswert, daß der Staat die in der wirtschaftlichen Entwicklung organisch herbeigeführte Ausdehnung eines entbehrlichen Unternehmens unter Aufwendung von Millionenbeträgen künstlich aufhält, die er der privaten Wirtschaft durch Steuererhebung entzieht. Der ganze Vorgang ist ein Beispiel dafür, wie schwer es den Staatsorganen wird, volkswirtschaftlich richtig zu handeln.

Landtag lehnt Schlachtfsteuer ab.

Bayern erläßt Notverordnung.

München, 2. August.

Der Haushaltsausschuß des bayerischen Landtags hat über das Schicksal der Schlachtfsteuer in negativem Sinne entschieden, indem Finanzminister Schmeißle dringend gebeten hatte, dem Staate, der nach das Volk darstellt, die notwendigen Einnahmen zur Verfügung zu stellen. Sollte das Gegenteil der Wahrheit werden, dann werde die Regierung dem bayerischen Volk, dessen Volksvertretung verlag habe, seinen Volkstun retten.

Die Regierung sei entschlossen, alle Folgerungen auf sich zu nehmen, um das notwendige Ziel auf Grund der in einem Staatsnotstand in der Derfassung vorgegebenen Bestimmungen zu erreichen.

In der Abstimmung wurde dann aber trotzdem die Ermächtigung zur Einführung der Schlachtfsteuer mit 15 gegen 13 Stimmen abgelehnt. Für die Genehmigung der Ermächtigung hatten nur die Bayerische Volkspartei und die Deutschnationalen gestimmt. In der Gesamtabstimmung wurde das Finanzgesetz ohne die Ermächtigung zur Einführung der Schlachtfsteuer angenommen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Nationalsozialisten.